

18.32

**Bundesrat Christoph Längle** (FPÖ, Vorarlberg): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Ein paar Sätze auch noch kurz zu diesem Tagesordnungspunkt 13 und dem Abkommen: Wir Freiheitliche teilen die Meinung der Kollegin. Wir sehen das auch recht kritisch. Selbstverständlich sind wir für den Standort Wien, auch mit den unterschiedlichsten Einrichtungen der UNO, aber die Sonderprivilegien bezüglich dieser Schule sehen wir ebenfalls nicht ein.

Kurz mache ich hier aber noch einen Abstecher zu einem etwas anderen Thema, und zwar möchte ich gerade in diesem Zusammenhang die Bundesstellen ansprechen. Es kann meiner Meinung nach nämlich nicht sein, dass von 69 Bundesstellen insgesamt nur vier in den Bundesländern und alle anderen in Wien angesiedelt sind. Ich denke, dass es sicherlich vorteilhaft wäre, wenn es in Österreich ähnlich wie in der Schweiz oder in Deutschland organisiert wäre und die Bundesstellen etwas besser aufgeteilt wären. Die anderen acht Bundesländer würden davon sicherlich sehr profitieren. Es wäre dann dem Prinzip der Bundesverfassung Genüge getan, wenn auch da ein bundesstaatliches Prinzip gelebt wird. Vielleicht sagen Sie etwas dazu, Herr Minister, vielleicht gibt es da bereits Absichten. Auf jeden Fall würde ich mir das von der Regierung wünschen.

Zurück zum Abkommen: Ich möchte unterstreichen, dass wir das Ganze kritisch sehen. Der Grund für unsere Ablehnung ist, dass wir die rund 15 Millionen € Steuergeld als Beitrag für die Vienna International School für die nächsten vier Jahre als nicht gerechtfertigt empfinden. Es werden ja auch die Liegenschaft zur Verfügung gestellt und die angesprochenen Gebäudeerhaltungskosten übernommen. Es gibt zudem sicherlich andere Einrichtungen in Österreich und Wien – Stichwort Danube International School Vienna –, die nicht gefördert werden. Es findet also eine einseitige Förderung dieser Schule statt.

Grundsätzlich haben wir Freiheitliche selbstverständlich nichts gegen Privatschulen, wir sehen da aber eine Ungleichbehandlung. Interessant ist auch, dass nur diese Schule gefördert wird. Das ist deswegen sehr interessant, weil diese Schule auch hohe Rücklagen, die sich ungefähr mit der Fördersumme decken, und zusätzlich noch andere Rücklagen in petto hat.

Der Protestbrief ist angesprochen worden. Ich denke auch, dass es unglaublich ist, dass rund 29 000 € bezahlt werden müssen, wenn man sich in diese Schule einschreibt.

Wir Freiheitliche sagen Ja zur Bildung, Ja zu Kindern und Ja zu Schulen, aber eben Nein zu einer Ungleichbehandlung. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

18.35

**Präsident Josef Saller:** Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Kurz. – Bitte, Herr Bundesminister.